

# Grußadressen zur Veranstaltung am 4. März in Berlin

## Frankreich

Wir, die Unterzeichner\*innen des Aufrufs „Stopp dem Krieg“, die sich auf einer Konferenz in Paris mit 200 Teilnehmer\*innen versammelt haben, grüßen sehr herzlich Eure Veranstaltung.

Euer Kampf ist auch unser Kampf.

In Frankreich führt die Regierung den sozialen Krieg gegen das Volk. mit dem Vorhaben für eine Rentenreform, die alle Arbeitnehmer\*innen zu zwei Jahren Mehrarbeit zwingen soll. Und es ist dieselbe Regierung, die sich an der kriegerischen Eskalation des Krieges beteiligt. Beschlossen wurde ein Militärhaushalt von 413 Milliarden € über 6 Jahre (d.h. zusätzlich 100 Mrd. €) und die Entsendung französischer Soldaten auf NATO-Stützpunkte in Rumänien oder in den baltischen Staaten.



Wir führen alle den Kampf für die Blockade des Vorhabens einer Rentenreform, und damit für das Scheitern von Macron. Wir bereiten mit allen unseren Gewerkschaften den Streik ab dem 7. März vor, um die Rücknahme dieser Macron-Reform zu erzwingen.

Wir lehnen die Aufrufe der Regierung und in den Medien ab, uns auf die Seite Macrons zu stellen, uns hinter ihm zu versammeln, für immer mehr Krieg mit immer mehr Toten.

Ein englischer Gewerkschafter hat es so zusammenfasst:

„Krieg bedeutet, dass die Arbeiter und Gewerkschafter umgebracht werden“.

### **Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand.**

- **Rückzug von Putins Truppen aus der Ukraine.**
- **Abzug der NATO-Truppen.**
- **Keine Waffenlieferungen.**
- **Milliarden für die Schulen und Krankenhäuser, statt für den Krieg.**
- **Vollständige Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Freiheiten in Russland, Weißrussland und der Ukraine. Freilassung der politischen Gefangenen.**

Wir möchten regelmäßige Beziehungen mit euch aufnehmen, für unseren gemeinsamen Kampf gegen den von unseren Regierungen angefachten Krieg und sozialen Krieg.

# Grußadressen zur Veranstaltung am 4. März in Berlin

## Belgien

### Grußadresse aus Lüttich

Auf Einladung des Komitees der Unterzeichner (Belgien) des internationalen Aufrufs „Stopp dem Krieg“ trafen sich am 23. Februar 2023 etwa 20 politische und gewerkschaftliche Aktivisten in Lüttich.

Die Kollegen Henning und Eva aus Köln erläuterten uns die Entwicklung der Kampagne gegen den Krieg und für einen Stopp von Waffenlieferungen in Deutschland.

Im Vorfeld der nationalen Friedensdemo am 26. Februar in Brüssel stellten wir fest, dass:

Der Aufruf der NGOs zu dieser Demo zu ergänzen ist durch die Benennung der Verantwortung der NATO für den Konflikt; sowie die Interventionen des belgischen Premierministers De Croo und des ehemaligen Premierministers Charles Michel (derzeit Präsident des Europäischen Rates) genannt werden müssen, die für eine rein militärische Lösung (militärischer Sieg der Ukraine) und explizit gegen Verhandlungen und jegliche Feuerpause sind. Und für immer mehr Waffen für die Ukraine, was den Konflikt auf Dauer aufrechterhält;

Krieg und Sanktionen sind die Hauptachse der Angriffe auf die Arbeitswelt in Belgien (Erpressung bei der Energie, Deindustrialisierung) ;

Der Widerstand der Arbeiterschaft zeigt sich in den zahlreichen Streiks (der nächste Streik im öffentlichen Dienst ist am 10. März). Aber das Engagement der Gewerkschaftsorganisationen gegen den Krieg bleibt zaghaf und weit hinter den Notwendigkeiten der Situation zurück.

Wir werden auf der Friedensdemonstration am 26. Februar in Brüssel sprechen, um die Verantwortung der NATO, der belgischen Regierung und der Europäischen Union für die Aufrechterhaltung des Krieges und seiner Schrecken zu brandmarken.

Wir wünschen Eurer Konferenz am 4. März, die der Arbeiterbewegung in anderen europäischen Ländern einen Weg weist, vollen Erfolg.

- Keine Milliarden für den Krieg, sondern für die Bekämpfung des Elends!
- Stopp mit den Sanktionen!

*Im Namen der Versammlung auf Initiative des Komitees der Unterzeichner (Belgien) des internationalen Aufrufs „Stopp dem Krieg“*

## Portugal

### Grußadresse an die Konferenz vom 4. März 2023, Berlin

Eine Gruppe portugiesischer Unterzeichner des internationalen Aufrufs für „Stopp dem Krieg“, der bereits in 34 Ländern unterzeichnet wurde, und die sich am 18. Februar in Lissabon getroffen hat, wurde darüber informiert, dass am 4. März in Berlin eine Konferenz stattfinden wird, an der kämpferische Arbeiter\*innen und Gewerkschafter\*innen teilnehmen werden, die den Kampf gegen den militärischen Krieg mit dem Kampf gegen den sozialen Krieg verbinden.

Die Gruppe begrüßt diese Initiative und vertritt die Auffassung, dass die Konferenz ein weiteres entscheidendes Glied im Aufbau des internationalen Widerstands sein könnte, um ein Ende des Krieges in der Ukraine zu erzwingen.

## Grußadressen zur Veranstaltung am 4. März in Berlin

### Spanien

#### Text der Videobotschaft von Jorgi Salvador Duch, Abgeordneter im spanischen Kongress

Hallo,

ich bin Jorgi Salvador, Abgeordneter im spanischen Kongress, Vertreter der parlamentarischen Fraktion Esquerra republicana (Republikanische Linke Kataloniens).

Mit diesem Video möchte ich mich erstens bedanken für alle Eure Kämpfe für den Frieden und die Interessen der Arbeiterklasse und zweitens unsere Solidarität erklären.



Es ist klar, dass wir es mit einem imperialistischen Krieg zu tun haben. Und wie in allen Kriegen gibt es hier Gewinner, immer Oligarchen, seien es russische, ukrainische, westliche, oder von wo auch immer – und es gibt Verlierer, das heißt die Arbeiterklasse, die die Toten stellt, mit Armut bezahlt, mit Elend.

Am meisten betroffen ist natürlich die Bevölkerung der Ukraine, und die eines Teils Russlands. Die Familien müssen ihre Kinder in den Krieg schicken, um für Interessen zu kämpfen, die nicht die ihren sind.

Aber dieser Krieg betrifft nicht nur die Ukraine, er betrifft uns alle. Auch hier in Katalonien, natürlich, im spanischen Staat, und daher denken wir, dass der Kampf ein gemeinsamer sein muss. Deshalb schließen wir uns diesem Manifest an und werden versuchen, mit aller Kraft für einen sofortigen Waffenstillstand und eine friedliche und vorteilhafte Lösung für Euch alle und für uns zu kämpfen.

Herzlichen Dank.

#### Text der Videobotschaft von Roberto Tornamira, Koordinationskomitee für ein Bündnis der Arbeiter und Völker Spaniens

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir grüßen Euch im Namen des Koordinationskomitees für ein Bündnis der Arbeiter und Völker Spaniens.

Wir warten gespannt auf euer Treffen in Berlin am 4. März, gegen den Krieg, für den Frieden. Schon bevor er anging, wussten wir, dass dieser Krieg ein Krieg gegen die Völker ist, gegen die Bevölkerung der Ukraine, Russlands und alle Völker Europas. Deswegen dürfen wir uns nicht von der Propaganda der einen oder der anderen Seite mitreißen lassen. Wir verurteilen die Verwendung des Krieges, ohne Rücksichtnahme auf Menschenleben, von Seiten der westlichen Konzerne, der Energie- und Treibstoffproduzenten, der Waffenindustrie, der Finanz. Auch die russischen Oligarchen schlagen aus diesem Krieg Profit. Deswegen sind wir gespannt auf Eure Diskussionen und Beschlüsse, denn das deutsche Volk nimmt in dieser Situation einen wichtigen Platz ein.



Wir verurteilen die Verwendung des Krieges, ohne Rücksichtnahme auf Menschenleben, von Seiten der westlichen Konzerne, der Energie- und Treibstoffproduzenten, der Waffenindustrie, der Finanz. Auch die russischen Oligarchen schlagen aus diesem Krieg Profit. Deswegen sind wir gespannt auf Eure Diskussionen und Beschlüsse, denn das deutsche Volk nimmt in dieser Situation einen wichtigen Platz ein.

Viele Grüße und gutes Gelingen Eurem Treffen!

# Grußadressen zur Veranstaltung am 4. März in Berlin

## Schweiz

„Gewinne den Frieden – nicht den Krieg. Stoppt den Krieg in der Ukraine! »

Kolleginnen und Kollegen!

Im Namen der Schweizer Unterzeichner des europäischen Aufrufs „Stopp dem Krieg“ bringen wir unsere Unterstützung und unsere Grüße zu eurem Treffen heute in Berlin.

Wir sind auch für einen sofortigen Waffenstillstand, weil wir vor einer ernsthaften Eskalation stehen, die zu einem dritten Weltkrieg führen könnte. Krieg und Sozialabbau sind zwei Seiten derselben Medaille. Deshalb sagen wir

**„Nein zum Krieg und nein zum sozialen Krieg gegen das Volk“**

Lindner, Euer Finanzminister hat deutlich gemacht, wer auf dem Altar des imperialistischen Krieges geopfert wird: «Die Zinslast des Bundes ist seit 2021 von 4 auf mittlerweile knapp 40 Milliarden Euro gestiegen. Das ist Geld, das uns künftig an anderer Stelle fehlt - für Bildung, Digitalisierung, Investitionen in Klimaschutz. Die Schuldenbremse einzuhalten, ist daher ökonomisch weise. » (Twitter)

Die Rechnung für den Krieg müssen also die Werktätigen, die Jungen und die Rentner bezahlen!

Insbesondere sagen wir auch nein zu Waffenlieferungen und nein zu einer Eskalation des Krieges, die noch mehr Soldaten und Zivilisten töten, Städte und Dörfer zerstören und ihre Bewohner zur Flucht zwingen wird.

In der Schweiz wird diese Frage derzeit im Parlament diskutiert und spaltet alle Parteien. Am 24. Februar haben wir uns an die Parlamentarier gewandt und sie aufgefordert, die Lieferung von Schweizer Waffen, die sich im Besitz anderer Länder (darunter Deutschland) befinden, zu verweigern. Die Schweizer Gesetzgebung, die geändert werden soll, verbietet die Ausfuhr von Militärmaterial in Länder, in denen Krieg herrscht. Wir haben uns auch an Außenminister Ignazio Cassis gewandt und gefordert, dass die Schweiz ihre guten Dienste für Friedensverhandlungen anbietet.

Der Platz des deutschen Volkes, der Kampf der Arbeiterklasse in Deutschland gegen Krieg und Ausbeutung, scheint uns im kontinentalen Kampf gegen den Krieg entscheidend zu sein. Deshalb richten wir in unserer Botschaft auch den Vorschlag an Euch, gemeinsam ein internationales Treffen der Kräfte vorzubereiten, die gegen die Kriegstreiberei des Kapitals kämpfen, denn Krieg ist bekanntlich nur die Verfolgung derselben Politik mit anderen Mitteln.

Wir schicken Euch unsere solidarischen und internationalistischen Grüße.

### **Für Unterzeichner:**

**Sarah Dohr**, Gemeinderätin von Vevey, Präsidentin der Zeitung BPLT/ Gut für den Kopf

**Boas Erez**, Mathematiker, ehemaliger Rektor der Universität der italienischen Schweiz (USI)

**Bladimir Meneses**, politischer Flüchtling, Mitglied von Solidarität und Ökologie

**Albert Anor**, Gewerkschafter und Moderator der "Tribune Libre/ Freie Tribune"

# Grußadressen zur Veranstaltung am 4. März in Berlin

## Rumänien

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir sind aktive Kämpfer der Arbeiterbewegung in Rumänien. Vor kurzem haben wir von Eurer Initiative erfahren, diese Konferenz gegen den Krieg zu organisieren.

Ein Jahr nach dem Ausbruch des militärischen Konflikts in der Ukraine fordern die Waffen immer weiter Opfer, lassen trauernde Familien auf beiden Seiten zurück, die Waffen zerstören Häuser, Schulen, Krankenhäuser und öffentliche Einrichtungen, Betriebe und Arbeitsplätze gehen verloren. Hinzufügen muss man die Dramen von Millionen Flüchtlingen aus den umkämpften Gebieten.

Die Notwendigkeit, den Krieg zu stoppen, scheint uns heute dringender denn je zu sein. Der Krieg ist nicht nur hart für die beteiligten Armeen, sondern unter ihm leiden alle Völker Europas und der ganzen Welt. Die Völker, die nationalen Wirtschaften, der Lebensstandard und die öffentlichen Dienste sind betroffen oder in Gefahr.

Die riesigen Ausgaben für Rüstung und Militärmanöver, die Preissteigerungen für Lebensmittel (Speiseöl, Weizen), Dünger, Treibstoffe und Strom usw. belasten die Arbeiterklasse zusätzlich, die schon von der Inflation getroffen wird; aber sie sind Profitquellen für Rüstungsfirmen und Spekulanten. Für die öffentlichen Bereiche wie das Gesundheits- und Bildungswesen sowie das soziale Sicherungssystem fehlt die notwendige Finanzierung, und es gibt nicht mehr genug Geld für die Renten.

Der militärische Konflikt in der Ukraine ist kein gewöhnlicher, sondern ein imperialistischer Krieg zwischen der NATO und Russland mit Beteiligung der Europäischen Union. Er zieht immer weitere Kreise, was zum Ende der Zivilisation führen kann.

Wir halten es für die Aufgabe der Arbeiterbewegung, der Völker der ganzen Welt, die Eskalation dieses Konflikts zu stoppen, diesen Marsch in die Barbarei.

In der Tradition des Kampfes der Arbeiterbewegung gegen Militarismus und Imperialismus, in der Kontinuität der Aktionen in Europa im letzten Jahr: Videokonferenz am 9. April, Konferenz in Madrid, Aufruf „Stopp dem Krieg!“ ist es notwendig, diese Kampagne so schnell und konkret wie möglich auszuweiten.

**Wir wünschen Eurer Konferenz viel Erfolg!**

**Stopp dem Krieg!**

*Marian Tudor – Vorsitzender der  
Vereinigung für die Befreiung der Arbeiter  
Mugurel Popescu – Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes Hermès  
Rareş Constantinescu – Delegierter zur Konferenz in Madrid*

# Grußadressen zur Veranstaltung am 4. März in Berlin

## Österreich

### **Krieg dem Krieg! Nieder mit dem Nationalismus! Hoch die internationale Solidarität!**

Die russische Invasion in der Ukraine ist durch nichts zu rechtfertigen und abzulehnen. Sie beschleunigt die von Jahr zu Jahr schärfer werdende Konfrontation zwischen den Großmächten massiv und lenkt von einer Vielzahl drängender Probleme ab: Wirtschaftskrise, Pandemie, Inflation, Klimakrise, Kriegen in anderen Teilen der Welt, ... Letztlich geht es auch bei diesem Krieg um eine Neuaufteilung der Einflusssphären unter den Großmächten. Unsere Solidarität gehört allen, die sich gegen den Krieg stellen, die nicht auf Seite ihrer Nation, sondern auf Seiten der Arbeiter\*innenklasse stehen. Denn diese hat keine Heimat.



Ebenso wie Russland haben USA, NATO und die EU die Eskalation des Ukraine-Konflikts zu verantworten. Die arbeitenden Menschen haben hingegen kein Interesse an einem Krieg. Sie erleiden durch diesen Tod, Verletzung, Verarmung, Leid, Flucht, Elend und wollen ein schnellstmögliches Ende jedes Krieges, während einige wenige durch Krieg noch reicher werden.

Gleichzeitig stehen wir auf der Seite der arbeitenden Menschen im sog. Westen, die nach zig Milliarden für die Rettung der Profite in der Pandemie und der seit 2019 gärenden Wirtschaftskrise nun auch noch Milliarden für den Aufrüstungswahn blechen sollen.

- Sofortige Freilassung aller Kriegsgegner\*innen und Straffreiheit für sie und alle, die den Kriegsdienst verweigern oder desertieren! Asyl für Kriegsdienstverweigerer\*innen!
- Unterstützung des Aufbaus unabhängiger Gewerkschaften in Russland und in der Ukraine! Wiedezulassung der verbotenen Parteien der Arbeiter\*innenbewegung, Rückgabe ihres Eigentums an die Gewerkschaften und Aufhebung des aktuellen Kriegsarbeitsrechts und des Verbots von Kollektivverträgen in der Ukraine!
- Sofortige bedingungslose Auflösung der NATO!
- Kriegstreiberei, Aufrüstung und Waffentransporte mit den Methoden des Arbeitskampfes stoppen wie z.B. die Kolleg\*innen in Italien, Belarus und Griechenland: Boykott jeglicher Rüstungs- und Truppentransporte! Straffreiheit für alle, die Rüstungstransporte be- oder verhindern!
- Zerschlagung der Rüstungsindustrie und entschädigungslose Enteignung aller Kriegstreiber\*innen! Keine Aufrüstung und milliardenschwere Erhöhung des Rüstungsbudgets! Verwendung der dafür vorgesehenen Mittel für echte Sicherheit: Gesundheit, Soziales, Bildung und Daseinsvorsorge!
- Kampf dem Nationalismus!
- Unterstützung der Friedensbewegung in allen kriegsführenden Ländern! Für Frieden – gegen jeden Krieg!

*Axel Magnus, Sozialdemokrat\*innen und Gewerkschafter\*innen gegen Notstandspolitik (Österreich)*

## Grußadressen zur Veranstaltung am 4. März in Berlin

### Italien

#### José Nivo (Sprecher des autonomen Hafenarbeiterkollektivs von Genua (CALP))

Wir grüßen alle Kolleginnen und Kollegen; vielen Dank, dass Ihr uns die Gelegenheit gegeben habt, an Eurer Initiative teilzuhaben.

Ich heiße José Nivo und bin Sprecher des CALP und Dockergewerkschafter der Unione Sindacale di Base (Basisgewerkschaft) in Italien.

Die Situation in den italienischen Häfen ist in den letzten vier Jahren immer schwieriger für den Waffenhandel geworden.

Denn wir haben den Kampf dagegen um 2014 aufgenommen. Ab 2019 hat eine Reihe von Blockaden derjenigen Schiffe begonnen, die Waffen an die verschiedenen Kriegsschauplätze transportieren.

Besonders konzentriert haben wir uns auf Waffenladungen im Genuaer Hafen für Saudi-Arabien über den Hafen Jeddah, d.h. Waffen, die gegen das Volk im Jemen eingesetzt werden; oder auf Waffenladungen über den türkischen Hafen Scherder, die gegen die Bevölkerung in Nordsyrien eingesetzt werden.

Wir haben außerdem gemeinsam mit den Dockern von Livorno und Neapel direkte Waffenlieferungen aus Israel im Mai 2021 blockiert.

In diesem Jahr haben wir beschlossen, einen nationalen Aufruf auch mit etwas internationaler Bedeutung zu verbreiten, um die Aufmerksamkeit auf die heutigen Probleme zu lenken in einem Staat, der einer Logik des Krieges folgt wie Italien als NATO-Mitglied oder alle anderen Länder wie Deutschland, ebenfalls NATO-Mitglieder.

Wir sagen das, weil durch den Krieg in der Ukraine die Haushaltsmittel für dessen Finanzierung aus dem öffentlichen Bildungs- und Gesundheitswesen umgeschichtet werden, und es sind Gelder, die den Arbeitnehmer\*innen entzogen werden.

Um so mehr müssen deshalb die Kolleg\*innen eine zentrale Rolle in den Kämpfen spielen, mit denen versucht wird, die Kriege zu stoppen. Wir versuchen eine breite Bewegung gegen den Krieg zu mobilisieren.

Außerdem wird über den Faktor der Ethik, Moral und Politik hinaus ein Gesetz Nr. 185 von 1990 gebrochen, das faktisch den Transit von Waffen in diejenigen Länder verbietet, deren Endzweck der Kriegseinsatz ist.

Was bedeutet das also in dieser Logik? Es bedeutet, wenn wirtschaftliche Interessen mit den Rüstungsfirmen verbunden sind, tun sie so, als ob ihr eigenes Gesetz nicht für den Staat gilt, und umgehen es dann.

Wir haben uns also gleichzeitig im Kampf gegen die Waffenhändler engagiert, und Forderungen gestellt, eben weil wir uns nicht in den Mechanismus des Rüstungssystems integrieren wollen. Als einzige Antwort reagierte der Staat mit Repression und diffamierte die Gruppe der Arbeiter, zu der ich gehöre, als kriminelle Vereinigung.

Weil wir tatsächlich die Waffenlieferungen blockiert haben, klagt uns der italienische Staat an als Verbrecherbande, die den Warenhandel angegriffen habe.



## Grußadressen zur Veranstaltung am 4. März in Berlin

„Angriff auf den Warenhandel“ bedeutet in Italien, wenn man Waren des Grundbedarfs wie Mehl, Milch oder pharmazeutische Mittel blockiert.

Im vorliegenden Fall setzen sie „Angriff auf den Warenhandel“ gleich mit Waffenhandel und vergleichen diese sogar mit Waren des Grundbedarfs!

Wir befinden uns also in einer wahrhaft surrealistischen Situation, in der es uns trotzdem gelungen ist, eine echt starke Antwort zu geben.

Die erste Antwort, die wir am 25. Februar 2023 geben konnten, also letztes Wochenende, war eine Demonstration, bei der zum ersten Mal in der Geschichte der italienischen Häfen nicht nur die Docker in den Hafen von Genua marschierten, sondern auch Aktivisten, Kolleg\*innen anderer Gewerkschaften teilnahmen, um klar zu machen, dass die Häfen oder auf jeden Fall das Land Italien aus dem Krieg ausscheiden und alles tun müssen für eine echte diplomatische Lösung des aktuellen Problems in der Ukraine.

Denn die Folgen der bisherigen politischen Entscheidungen unserer Regierungen führen zu einer Spirale der Eskalation, und bei dieser Eskalation sind wir, Arbeiter\*innen, aber auch die Bürger\*innen, die Verlierer.

So sieht heute also die Situation in den Häfen aus.

Ich grüße Euch alle herzlich und hoffe, dass wir uns so bald wie möglich persönlich treffen können, um diese antimilitaristische und pazifistische Richtung auch in ganz Europa zu verbreiten.

*Viele Grüße an alle. Ich danke euch.*

**José Nivo**



# Grußadressen zur Veranstaltung am 4. März in Berlin

## Griechenland

Wir senden eine starke Solidaritätsbotschaft an alle Menschen, die unter dem Krieg leiden. Wir senden eine Botschaft an alle Menschen auf dieser Welt, sich zu erheben und für Frieden, Freundschaft und Solidarität zu protestieren.

Griechenland trauert um die Eisenbahntragödie in Larissa mit Dutzenden von Toten. Dies ist eine Tragödie, die sich angekündigt hatte, ein vorsätzliches Verbrechen der Regierung der Neuen Demokratie und der vorherigen SYRIZA-Regierung, die Griechenland der Privatisierung und Deregulierung ausgeliefert hat, ein zentrales Ziel des von EU/IWF diktierten Memorandums. Die dramatischen und wiederholten Warnungen der Beschäftigten über den gefährlichen Mangel an Personal und grundlegender Infrastruktur des Eisenbahnnetzes wurden mit Gleichgültigkeit aufgenommen und lächerlich gemacht. Stattdessen setzten die Verantwortlichen die Entlassungen in einem Land fort, in dem Milliarden für Kriegsflugzeuge und Fregatten ausgegeben werden.

Die Spannungen mit der Türkei (die von einer noch größeren Erdbebentragödie heimgesucht wurde) lieferten die Rechtfertigung für eine stärkere Einbindung in die NATO, während gleichzeitig die neoliberale Politik beibehalten wurde.

Griechenland hat eine lange Geschichte von Interventionen der US-Streitkräfte im Land (z. B. die Militärjunta 1967-74). In den letzten Jahren, insbesondere nach dem Beginn des Krieges in Syrien, hat sich die Verflechtung zwischen Griechenland und den Plänen der USA in der Region vertieft. Der griechische Staat stellt nicht nur eine wachsende Zahl von Häfen und Infrastrukturen für die amerikanische Armee zur Verfügung, sondern engagiert sich auch aktiv, indem er an gemeinsamen Übungen teilnimmt und den zweitgrößten Anteil seines Bruttoinlandsprodukts für die Finanzierung seines Militärs und für Beiträge zur NATO aufwendet.

Die dramatischen Entwicklungen in der Ukraine und die Eskalation des Krieges in Europa haben einen entscheidenden Einfluss auf das Leben der Arbeiter. Der Krieg in der Ukraine und die imperialistische Gegnerschaft sind eine Auswirkung der kapitalistischen Krise, die vom kapitalistischen System nicht vollständig gelöst wurde. Die Konkurrenz des Kapitals auf allen Ebenen hat sich verschärft, was eine ständige Bedrohung durch eine Kriegskatastrophe vor die Haustür der Menschheit bringt. Aus diesen Gründen ist der Krieg in der Ukraine auf beiden Seiten ungerecht und reaktionär; er ist ein Krieg der bürgerlichen Interessen. Die Folgen des Krieges in der Ukraine sind schon jetzt schwerwiegend für die Arbeiter und Völker, besonders in Europa. Die EU und alle ihre Mitgliedsstaaten erhöhen ihren Militärhaushalt und ihre Aufrüstung. Die NATO-USA und die EU nähern sich an, wobei die USA eine wichtigere Rolle einnehmen. Die militärische Strategie der EU führt nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Afrika und im Nahen Osten zu einer gefährlichen Militarisierung und einem Anstieg des Nationalismus.

Die Menschen in Griechenland erheben sich jedoch gegen den wahren Feind: gegen das System, das Kriege produziert, den Kapitalismus. Die Antikriegsbewegung unterstützt keinen imperialistischen Mörder und auch nicht die bürgerlichen Regierungen, die derzeit die Menschen und die Arbeiterklasse mit neuen Militärprogrammen in fast allen EU-Mitgliedstaaten auf den Krieg vorbereiten.

Wir senden eine Botschaft, sich zu erheben und für Frieden, Freundschaft und Solidarität zu protestieren.

Die Menschen haben die Macht, die Gesellschaft strukturell zu verändern, Krieg und Kapitalismus zu besiegen und eine neue freie und gerechte Gesellschaft aufzubauen.

